

II- 2153 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 14. Feb. 1973

No. 1075/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Broesigke, Zeillinger und Genossen an den
Herrn Bundesminister für Justiz betreffend
Gerichtsgebäude, Wien 1080, Landesgerichtsstraße 11.

Der bauliche Zustand des Gerichtsgebäudes,
Wien 1080, Landesgerichtsstraße 11, wird den bestehenden Er-
fordernissen nicht nur in keiner Weise gerecht, sondern er be-
deutet darüber hinaus nachgerade eine Gefährdung der sich in
diesem Gebäudekomplex aufhaltenden Personen. Zahlreiche Wände
weisen Risse auf und bei den Fußböden einzelner Räume wurden
durch Messungen Niveauunterschiede bis zu 15 cm festgestellt.

Ferner ist die Fassade derart schadhaft, daß
auch eine Gefährdung der Passanten befürchtet werden muß.

Nach vorliegenden Informationen besteht zwischen
dem Bundesministerium für Justiz und dem Bundesministerium für
Bauten und Technik bereits Einvernehmen über ein stufenweises
Sanierungskonzept, dessen Finanzierung jedoch vorderhand noch
zweifelhaft erscheint.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher
an den Herrn Bundesminister für Justiz die

A n f r a g e:

- 1.) Wann - und nach welchem Stufenplan - werden die erforder-
lichen Maßnahmen - zur baulichen Sanierung des Gerichts-
gebäudes, Wien 1080, Landesgerichtsstraße 11, in Angriff
genommen werden?
- 2.) Ist sichergestellt, daß jene Arbeiten, die erforderlich sind,
um Personen vor Schaden zu bewahren, unverzüglich in Angriff
genommen werden?

-2-

- 3.) Welche Maßnahmen werden ergriffen werden, um den derzeitigen Raummangel sowie den Überbelag an Häftlingen zu beseitigen?
- 4.) Bis wann ist mit der Verwirklichung des gesamten Sanierungskonzeptes zu rechnen?

Wien, den 14.2.1973